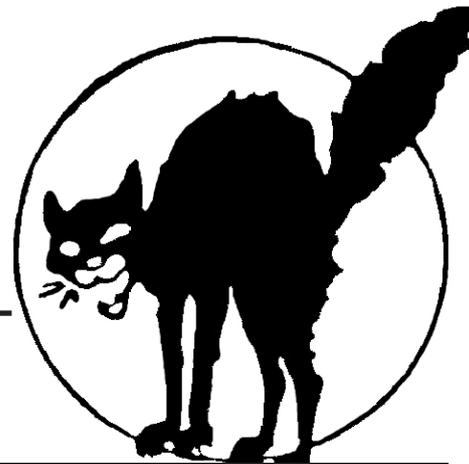


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz



Sparpaket trotz Protesten

Erneut hat der Grossrat Berns ein Sparpaket verabschiedet, um eine Steuerreform für Reiche zu finanzieren. Zuvor kam es zu Demonstrationen und Aktionen.



Der Kanton Bern spart – schon wieder. Wie bereits 2013, wurden auch 2017 Millionen eingespart. Und natürlich bei jenen, welche keine Lobby und nur wenig Gehör im Parlament finden. Der bürgerlich dominierte Grossrat wollte 180 Millionen einsparen, begnügte sich jedoch mit „nur“ 160'000'000 Franken.

Gespart wird bei den Alten...

Die Spitex, welche es betagten Menschen ermöglicht, weiterhin zuhause zu leben, anstatt in einem Altersheim zu versauern, wird gleich zweifach zur Kasse gebeten: Einerseits werden die Beiträge um 6 Millionen gekürzt, andererseits müssen die Patient_innen nun mehr zahlen, was dem Kanton 13 Millionen einbringen soll.

...bei den Armen...

Kaum ein Sparpaket geht über die Bühne, ohne bei den Sündenböcken der Bürgerlichen zu sparen: den Sozialhilfeempfänger_innen. Um 5 Millionen sollen die Beiträge gesenkt werden. Damit wird das Leben ausserhalb der Marktverwertung weiter prekariert. Es ist schon heute genug schwer, mit den überaus geringen Sozialhilfebeiträgen zu leben. Es droht eine weitere Marginalisierung.

...und bei den Kranken

Als nächstes wird der Rotstift auch bei den Behinderteninstitutionen, der Suchthilfe und der Gesundheitsförderung

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2018

Nr. 50, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Managementschule für Risikokapital 3

Die Entlassungen bei Meyer Burger in Thun wirft die Frage auf, in welcher Branche die Firma tätig ist

Sollen sie doch Snickers essen! 5

Der Kanton Bern baut seine repressiven Instrumente aus, unterstützt von den bürgerlichen Medien

Aus der Schwäche heraus handeln 8

Strategien für den Kampf am Arbeitsplatz, wenn keine Mehrheit gegeben ist

Die Wiederkehr des bolschewistischen Mythos 9

Der zweite Teil des Artikels über die Mythen, welche sich um die Russische Revolution ranken

Was die Anarchisten wollen 12

Klassikerreihe; Auszug aus einem längeren Text von Jankovsky

Rubriken

Kultur
Rechtliches

Editorial

Ein neues Jahr hat begonnen. Eine neue Chance mit dem Stress auf der Arbeit, mit den Gesetzen, der Polizei aufzuhören. Eine Chance auf einen Neuanfang. Nicht nur im Kalender, sondern auch im sozialen Umgang. Eine Chance „Nein!“ zu Entlassungen zu sagen, „Nein!“ zu Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen und „Ja!“ zu einem 8-Stunden-Tag, einem 6-Stunden-Tag oder einer 5-Stundenwoche. Alles ist nicht Realität in der Schweiz. In keiner Branche und in keinem Kanton. Und das obwohl die Forderung etwa nach dem Achtstundentag schon seit über 130 Jahren im Raum steht. Im Gegenteil werden die Arbeitstage eher wieder länger - auf jeden Fall bei denen die Arbeit haben und Vollzeit arbeiten (müssen). Dahinter steckt das Denken, dass mehr aus den Arbeiter_innen herausgepresst werden kann, wenn ihnen nur Angst gemacht werden kann. Angst vor Arbeitslosigkeit, vor „den Fremden“ oder „den Linken“.

Fast alle würden aber zustimmen dass weniger Arbeit, bei gleich viel Lohn schon mal besser wäre. Wieso gehen wir dann nicht in diese Richtung?

Wahrscheinlich weil der Krieg zwischen oben und unten im Moment vor allem in den Köfen geführt wird. Und da hat das Denken, dass alle auf sich gestellt sind und alle für sich zuerst schauen müssen, im Moment die Oberhand. Aber Kraft haben wir nur gemeinsam, wenn wir viele sind. Dazu müssen wir uns aber zusammenraufen, merken dass wir viel gemeinsam haben. Eine gemeinsame Identität haben. Dass wir auch, aber nicht nur kräftig, schwach, gesund, krank, klug, weiblich, männlich, schwarz, weiss oder was auch immer sind, sondern dass wir alle eines gemeinsam haben: Dass wir in einem mehr schlecht als recht funktionierenden Wirtschaftssystem leben, aus dem wir nicht vollständig ausbrechen können und das uns allen das Leben zur Hölle macht: Zu viel Arbeit, zu viel Stress, zu wenig Einkommen, zu wenig Freude am Leben. Packen wirs an! Eine neue Chance hat begonnen!

Eure FAUistas

Sparpaket

(von Seite 1)

angesetzt. Dort werden insgesamt 8,6 Millionen eingespart. Wozu das ganze eigentlich? Denn der Kanton sagt zwar, die Finanzen müssten aufgebessert werden und man habe über seine Verhältnisse gelebt. Deshalb gibt man nun jenen mehr, welche massiv über unseren Verhältnissen, den Verhältnissen der Unterschicht gelebt haben: Den Reichen.



Nach oben buckeln...

Das Sparpaket wurde mit Blick auf eine Steuersenkung verabschiedet, welche die eingesparte Summe gleich wieder vernichtet. Diese Steuerreform – wie bisher immer – soll natürlich den Reichen zugute kommen und mehr Gutverdienende in den Kanton locken. Wie wir jedoch weltweit sehen, bringt dieser Steuerwettbewerb kaum Wohlstand für alle, sondern weitaus eher eine Vernichtung des sozialen Netzes und eine massive Abhängigkeit von den reichen Steuerzahler_innen. Die hochgelobte Souveränität des Staates entpuppt sich dadurch als Farce, wenn die Mobilität der Reichen und ihrer Gelder massgeblich die Politik mitbestimmt. Hingegen werden Demonstrationen wie am 22. November und am 2. Dezember 2017 mit tausenden Unzufriedenen schlichtweg ignoriert oder gar noch verunglimpft von den bürgerlichen Grossrät_

innen. Da fragt mensch sich doch, wer in dieser sogenannten Demokratie „der Souverän“ ist. Denn die Unterschicht als Grossteil der Bevölkerung ist sicherlich nicht Teil davon.

...und nach unten treten

Der bürgerliche Staat beweist uns ein weiteres Mal, dass das Thema Klassenkampf kein alter Hut ist, sondern immer

noch und wieder vermehrt zum Thema wird. Wir wollen nicht akzeptieren, dass den ohnehin privilegierten Reichen in den Arsch gekrochen wird und sie mit (Steuer-)Privilegien überhäuft werden, währenddessen die Armen zusehen können, wo sie bleiben. Der sogenannte „Wohlfahrtsstaat“ Schweiz wird immer weiter ausgehöhlt, die Menschen auf einen neoliberalen Kurs diszipliniert und dann in Armut im Stich gelassen. Wer dagegen spricht, wird schikaniert oder einfach nur ignoriert. Immer wieder kommen ökonomische Argumente wie der Trickle-Down-Effekt, dass also der steigende Reichtum der Bonz_innen auch mal zu uns runter kommen würde, wir warten jedoch immer noch vergeblich auf diesen Geldregen! Stattdessen werden uns die Betreuung gestrichen, Prämienverbilligungen und Sozialhilfe gekürzt und gleichzeitig Milliarden im „besten“, und trotzdem unnötigstem, Militär der Welt versenkt.

Erspart uns doch Staat und Chefs!

Auch dieses Sparpaket ist Neoliberalismus pur. Dienstleistung solle sich wieder Löhnen – nicht für die Patient_innen, sondern für die Bonzen. Das soziale Netz für den Rest soll wieder in die Hände von NGO's und Familien zurückgehen, Wohlfahrt erhält, wer es sich leisten kann. Die Leidtragende ist die Arbeiter_innenklasse, welche sich keine private Vorsorge und Betreuung leisten kann. Pflege und Betreuung bleibt so-

mit meist wieder an den Frauen oder an kaum verdienenden Pflege-Migrant_innen hängen. Mitunter verantwortlich für das Sparprogramm ist der SVP-Regierungsrat Pierre Schnegg. Ganz auf der Parteilinie spart er den Armen das letzte Hemd weg.

Wir hätten da sonst eine Alternative für dieses Sparpaket: Wie wäre es, wenn wir uns einfach die Chef_innen und gleich den ganzen Staat sparen würden? Wie mittlerweile etliche Betriebe weltweit

zeigen, funktioniert eine Wirtschaft auch selbstverwaltet und ohne Hierarchien. Anstatt uns auf einen unzuverlässigen Staat zu verlassen, sollten wir lieber damit beginnen, die Betriebe selbst zu übernehmen und gegenseitige Solidarität zu unserem Wohlfahrtsprogramm zu machen.

FAT

Mangagementschule für Risikokapital

Die Massenentlassung bei Meyer Burger in Thun stellt die Frage, ob der Konzern tatsächlich in der Industrie tätig ist. Statt der Produkte in der Solarindustrie könnte auch das kleine 1x1 der Firmenführung im Bereich des Risikokapitals im Vordergrund stehen.

Nur ein Jahr nach den letzten Entlassungen kündigte die Konzernleitung im vergangenen November erneut eine Massenentlassung an. Ziel war eine weitere Verschlingung des Betriebes und eine Umsiedlung der Produktion nach China, wobei über neu zu schaffende Stellen keine Angaben gemacht wurden. Solche Schritte werden *Kosteneffizienzprogramm* oder *Standortverlagerung* genannt, damit kann die *Produktepalette ausgedünnt* und die *Produktionskosten optimiert* werden. Von den ca. 1700 Angestellten weltweit sollten über 10 Prozent entlassen werden, alle am Standort Thun.

Fragwürdige Konzernstrategie

Die Firmengeschichte begann in den 1950er Jahren als Maschinenfabrikant. Hergestellt wurden Maschinen im Segment der Zulieferer für die Uhrenindustrie. Später spezialisierte sich das Unternehmen auf Spezialsägemaschinen. Nach fast 50 Jahren als Industriebetrieb baute sich die Firma zur Holding um. Damit begann die Expansionsstrategie, global wurden Firmen zugekauft, die pas-



Das abgesperrte und von einer Sicherheitsfirma bewachte Meyer-Burger-Areal in Thun

sendes Know-How beisteuerten und den Kuchen vergrösserten. Heute gilt Meyer Burger als führender Hightech-Konzern in der Solartechnologiebranche.

Meyer Burger ist ein Beispiel für die irren Konzepte der Marktwirtschaft. Ein gut laufendes Unternehmen mit einer eignen Technologiebasis versucht zu globalem Ansehen zu kommen, vergrössert sich und kauft Wissen hinzu, um ein ganzes Segment abzudecken. Dabei richtet sich der Fokus aber weniger auf sinnvolle (Kern)kompetenzen oder auf nützliche Produkte, sondern zuerst auf hohe Marktanteile und die damit verbundene Kontrolle.

Dank derartiger Strategien ist das Unternehmen interessant für Anleger_innen, da die Aktienkurse in Bewegung bleiben. Anleger_innen spekulieren dabei also eher auf kurzfristige Kursentwicklungen. Langfristige Sicherheiten sind Nebensache. Das könnte auch eine Erklärung für die steigenden Kurse sein, obwohl der Konzern Jahr für Jahr rote Zahlen vermelden musste.

Wie so viele Menschen glauben auch Firmen, dass es sinnvoll ist Schulden zu machen, um seinen Konsum zu decken; dass es sinnvoller ist, in ein Konzept zu investieren, anstatt sich nach dem Bedarf und den Erfahrungen zu richten – wenn

weiter auf Seite 4

es nicht klappt, kann man zur Beruhigung der Anleger_innen immer noch ein paar Angestellte entlassen.

Das war einer der Schritte 2016, 80 Mitarbeiter_innen mussten damals gehen. Gleichzeitig wurde das Management ausgewechselt und eine Kapitalerhöhung vorgeschlagen. Wenn eine Firma nicht gut läuft, würdest du doch auch

Schlank – Schlanker – Verhungert

Die Entlassungen 2016 wurden mit einer Verschlankeung der Strukturen begründet, das klingt an der Börse immer vielversprechend. Das damit auch praktisches Wissen abgebaut wird, bedeutet für das Management wenig, da in deren Augen wichtiges Wissen nur auf ihrer Stufe vorkommt: Wie man einen Aktiensplitt vornimmt und Hoffnung versprechend kommuniziert ist heute das wahre Kapital,



das Management eine neue Strategie entwickeln lassen, zwei neue Köpfe an die Spitze setzten und das Aktienkapital von 4.5 Mio auf 27.5 Mio. Franken erhöhen. Logisch oder?

Da sogar das Unternehmen damit rechnete, dass der Aktienkurs im Zuge dieser Ansagen und Planungen absacken würde, setzten sie vorübergehend den Handel mit den Papieren aus. Die Aktionär_innen, unterstützten diesen Plan mit 98 Prozent Zustimmung. Ob die Angestellten das auch so gesehen haben wie der Mediensprecher, äh, Entschuldigung: der *Head of Corporate Communications*?

„Die Genehmigung der Kapitalerhöhung ist ein klares Zeichen, dass die Aktionäre weiterhin Vertrauen in Meyer Burger als Unternehmen und dessen Technologie sowie wichtige Produkte haben. [...] Jetzt geht es auch darum, das Geld einzusammeln und aus dem Markt zu holen. Ich bin da optimistisch, dass wir das meistern.“

was die Arbeiter_innen tun, ist ja in den bedienten Maschinen festgeschrieben.

So schlägt die Konzernleitung also ein weiteres Vorgehen vor. Üblicherweise geht es darum, wie mit möglichst wenigen Angestellten eine möglichst grosse Rendite erzielt werden kann. Und da das Management als einziger Betriebsteil diese Optimierung erreichen will und davon profitieren kann, muss auch primär der Wasserkopf des Betriebes am Leben erhalten werden.

Das klärt wohl auch den Begriff der Kernkompetenzen eines Betriebs, falls das nicht schon lange offenbart wurde. Unter praktischen Wissensträger_innen des Betriebes verstehen heute nur wenige die Techniker_innen, welche etwas von der Solarindustrie verstehen. Solche Strategien werden von der Geschäftsleitung für die Aktienbesitzer_innen konzipiert – mit dem Auge auf Marketing und Kommunikation.

So verwundert es auch nicht, wenn die Angestellten scheinbar zuerst aus den Medien von den „Verlagerungsplänen“

– also von ihrer bevorstehenden Arbeitslosigkeit erführen. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Unternehmen das Firmengelände bereits mit Warnband abgesperrt und mit gemietetem Sicherheitspersonal umstellen lassen. Gemäss Medienberichten müssen sich sogar die Mitarbeitenden ausweisen, wenn sie zur Arbeit vorgelassen werden wollen.

Lauer Widerstand?

Wer 180 Mitarbeiter_innen entlassen will (in der Zahl sind Temporärangestellte und Lernende in den betroffenen Bereichen noch nicht mit eingerechnet), sollte mit etwas Widerstand rechnen müssen. 250 Betroffene, so eine Schätzung, könnten sich ja zusammen tun und versuchen eigene Ideen zu entwickeln. Denn in den Monaten vor der aktuellen Ankündigung hat der Konzern laufend von Bestellungen und sich vergrössernden Auftragsvolumina gesprochen.

Die *kämpferische* UNIA hat auch sofort ein Konsultationsverfahren verlangt. Da die Mitarbeitenden durch einen GAV geschützt sind, gehört dies zu ihren pro forma Rechten. Zuständig dafür ist aber nicht die UNIA selber, sondern der Verband *Angestellte Schweiz*, der die Mitarbeitenden laut GAV vertritt.

Wie in den letzten Jahren üblich, hatten die Mitarbeitenden etwa einen Monat Zeit, Vorschläge zu unterbreiten, die dann von der Konzernleitung geprüft wurden. Die Medienmitteilung von *Angestellte Schweiz* verrät viel über das Selbstverständnis eines Verbandes, der mit dem Slogan *für einen Mittelstand mit Zukunft* wirbt.

Die Medienmitteilung beginnt mit der Aussage, dass die Mitarbeitendenvertretung einen ganzen Katalog von Ideen zum Stellenerhalt in Thun ausgearbeitet habe, mit Unterstützung des Verbandes. Ziel sei es möglichst viele Stellen zu erhalten, ohne weiter darauf einzugehen, dass ja die ganze Produktion verlagert werden soll. Vielleicht sind diese Ideen auch deshalb nicht weiter beschrieben. Im weiteren geht der Verband in der Medienmitteilung lieber auf die *Eckwerte für sozialverträgliche und verantwortungsvolle* Entlassungen ein. Darunter schei-

nen sie Aus- und Weiterbildungsangebote zu verstehen, die vor allem den über 45-jährigen zugute kommen sollen. Wer bereits 58 ist, soll ein Angebot zur Früh-pensionierung erhalten.

Nicht erwähnt ist, dass für die betroffenen Lernenden Anschlusslösungen gesucht werden sollen. Vielleicht weil dies weniger in der Verantwortung des Betriebes fällt, sondern vom Staat übernommen werden muss. Dafür ist der doch da, damit Konzerne wie dieser ihre Forschungsgelder und Restrukturierungskosten nicht selber berappen müssen.

Der Punkt an dieser Stelle ist aber, dass in der ganzen Kommunikation herzlich wenig von den Angestellten zu hören ist. Haben sie ihr Schicksal akzeptiert und lassen sie die Firmenleitung über ihre Zukunft entscheiden?

Alternativen

Bei einem Fall wie Meyer Burger zeigt das kapitalistische System seine gravierenden Lücken. Neben der eklatanten Inhaltsleere des Systems im Allgemei-

nen, zeigt die Firmengeschichte auch, wie Produktionsprozesse in den letzten Jahrzehnten entwertet wurden. Damit verbunden ist auch die Entwertung der Arbeit und der Arbeiter_innen. Entgegen der landläufigen Darstellung, die besagt, dass hochspezialisierte Fachkräfte in einer flachen Hierarchie miteinander zusammen arbeiten. Vielleicht stimmt dies im Arbeitsalltag für einige. Doch durch die Entfremdung des Managements vom eigentlichen Prozess in einer Firma,¹ könnte für die Angestellten auch wieder etwas Handlungsspielraum entstehen.

Denn trotz dem ganzen Finanzkorsett und der scheinbaren Bedeutungslosigkeit des Produktionsprozesses, sind es die Industriehallen und Werkstätten, wo tatsächlich etwas Nützliches entsteht. Das

¹ Ein Management ist heutzutage darauf bedacht, eine Firma im globalen/internationalen Kapitalsystem zu platzieren. Das heisst Investitionskapital zu gewinnen wird höher gewertet, als die erzielten Gewinne durch den Absatz von Produkten. Siehe Meyer Burger: trotz laufend rote Zahlen zu schreiben, können sie das Kapital für ihr Unternehmen an der Börse versechsfachen – eine reine Schuldenwirtschaft!

Kapitalspiel der Firma basierte unter anderem auch darauf, dass sie eine innovative und zukunftsweisende Technologie als Kern hatte. Meyer Burger vermeldete so viele Auftragseingänge, dass kaum nachzuvollziehen ist, wieso der Produktionsstandort geschlossen werden muss.

Es liegt an allen Angestellten, da alle von solch einschneidenden Veränderungen betroffen sind, sich mit eigenen Ideen als Kollektiv zu etablieren und mit kämpferischen Massnahmen für eine sinnvolle und eigenständige Zukunft einzusetzen. Je früher sich eine Belegschaft als Gruppe versteht und sich darüber klar wird, mit welchen Mitteln und Prozessen sie kämpfen können, desto aussichtsreicher werden die Chancen auf Erfolg.

In einem solchen Kampf werden sie ganz sicher viel Unterstützung erhalten. Denn das in diesem Artikel beschriebene Phänomen ist keine Seltenheit. Das heisst auch, dass tausende Menschen darüber frustriert sind und sich eine Alternative zu Arbeitslosigkeit oder erzwungener Umschulung ersehnen.

s.deo

Sollen sie doch Snickers Essen!

Am 6. Oktober 2017 rief ein antifaschistisches Bündnis zu einer Antifa-Demo auf, genau zehn Jahre nach der Schande von Bern. Der Rechtsrutsch in der Gesellschaft würde solche Zeichen eigentlich bitter nötig machen. Doch auf der anderen Seite markierte der Staat Stärke und eine leider nicht mehr neue Dimension der Repression. Diese wird auch noch von den Medien unterstützt.

Zur Erinnerung: Es ist der 6. Oktober 2007. Die Parlamentswahlen stehen kurz bevor. 10'000 Anhänger_innen der SVP kommen nach Bern, um auf dem Bundesplatz ein „Familienfest“ zu feiern. Seit Monaten vergiftet die SVP mit ihrer fremdenfeindlichen, teils schon offen faschistischen Rhetorik das Klima in der Schweiz. Den Marsch vom Bärengraben zum Bundesplatz nennen sie auch den Marsch auf Bern. Wohl auch als Anspielung auf Mussolinis Marsch auf Rom, welcher seine Machtübernahme symbo-

lisierte. Kein Wunder also, marschierten auch offene Faschist_innen mit. Doch die SVP erreicht den Bundesplatz nie. Denn die Berner Polizei verschätzt sich: Mit lediglich 400 Polizist_innen wollte sie sowohl die SVP-Demonstration wie auch den Bundesplatz schützen und gleichzeitig die Gegendemonstrationen ruhig halten. Doch die vom Wahlkampf aufgeheizte Stimmung kippt. Die Sitzblockaden vor der Nydeggbücke sind erfolgreich, es werden Barrikaden errichtet und schlussendlich sogar eine Polizeieinheit in der Kramgasse eingekesselt. Weitere Einheiten werden zu deren Befreiung vom Bundesplatz abgezogen. Es geht nicht lange, bis die Demonstrierenden diese Sicherheitslücke entdecken¹ und auf den nun ungeschützten Bundesplatz stürmen und diesen verwüsten. Es folgen direkte Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstrant_innen und Leuten der SVP und Scharmützel in der ganzen Innenstadt. Das Sicherheitskonzept der

¹ Andere berichten, dass sie von der Polizei regelrecht auf den Bundesplatz gejagt wurden.

Polizei war gescheitert, die militanten Gegner_innen der SVP hatten einen Sieg mit umstrittenen Mitteln gewonnen. Wie sich herausstellte, glich es jedoch mehr einem Pyrrhussieg. Nach der Schande von Bern – wie das Ereignis medial betitelt wurde – gewinnt die SVP die Wahlen mit 28,9 Prozent, dem besten Ergebnis, dass eine Partei seit der Einführung der Proporzwahl erreicht hatte.

Zehn Jahre später

Dieser kurze Moment wurde bald darauf überschattet vom immer grösser werdenden Einfluss rechtspopulistischer Positionen. Fremdenfeindlichkeit hat es mittlerweile bis in die Reihen der bürgerlichen Sozialdemokrat_innen geschafft. Auch in der Gesellschaft ist der Hass auf das „Fremde“ salonfähig geworden. 2009 wird die Minarett-Initiative angenommen. 2010 folgt die Annahme der Initiative „für die Ausschaffung krimineller

weiter auf Seite 6

Snickers essen

(von Seite 5)

Ausländer“. 2012 folgt die „Masseneinwanderungsinitiative“, welche mit nur 20'000 Stimmen Unterschied angenommen wird.

Die SVP und Gleichgesinnte hatten das perfekte Feindbild geschaffen: Der „schwarze“, religiöse, frauenfeindliche, parasitäre Invasor, welcher seine Kultur als überlegen betrachtet. Ironisch, denn dies ähnelt äusserst stark der SVP-Führungsriege: männlich, chauvinistisch, imperialistisch, religiös, kapitalistisch-ausbeuterisch und frauenfeindlich. Christoph Blocher, die alte Führungsfigur der SVP, ist selbst unternehmerischer Ausbeuter, ein alter Weissler und wehrte sich dagegen, dass Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde. Es ist äusserst bedenklich, dass so viele aus der Unterschicht auf diese Wölfe im weissen Schafpelz hineinfallen und gegen ihre Klasseninteressen stimmen.

Repression wird Pflicht

Der 6. Oktober und damit die Schande, welche die stadtberner Sicherheitsdirektion eingefahren hatte, sollte sich nie mehr wiederholen. Seither endeten rechte Mobilisierungen auf Bern mit angekündigtem Widerstand und immer wieder mit der polizeilichen Besetzung der Stadt. Selbst wenn sowohl die rechten Demos wie darauf auch die Gegenmobilisierungen abgesagt wurden – so geschehen bei der rechten Demo „gegen Kuscheljustiz“ im März 2013 und 2017 mit der „Durchsetzungsdemo“ vom rechten Verein Brennpunkt. Auch wurden in Anbetracht der „Schande von Bern“ Demonstrationen im Vorfeld von Wahlen verboten. Dies wurde auch dem Antifa-Spaziergang 2015 zum Verhängnis: Der erste Abendspaziergang nach mehreren Jahren wurde mit dieser Begründung verboten und verhindert. Auch am zweiten Datum, dem Samstag vor den Nationalratswahlen, wurde die Stadt erneut zur Polizeifestung. Und obschon es beim zweiten Anlauf trotzdem zu mehreren Demos kam, endete der Tag mit hundert Verhafteten und zusammengerechnet massiven Geldbussen. Seither pocht die Stadt immer mehr auf Demonstrationsbewilligungen und schlägt immer mehr unbewilligte Demonstrationen nieder.

Die Politik will mit ihrer Bewilligungspflicht Sündenböcke, falls es zu Sachschäden kommt. Auch kommen immer wieder bürgerliche Forderungen, dass Organisator_innen oder Teilnehmende für die Schäden und die Kosten für die Polizeiaufgebote tragen sollen. Damit hätten sie einen weiteren Angriffspunkt für Repression und die Aushöhlung des Versammlungsrechts. Dies sah auch das Bundesgericht teilweise so und kassierte Anfangs 2017 Teile des Polizeigesetzes Luzerns, welches die Kosten eines Einsatzes auf die Demoteilnehmer_innen abwälzen wollte. Doch das Gericht liess die Abwälzung der Kosten z.B. des Polizeiaufgebots auf Veranstalter_innen bestehen. Damit wird es finanziell weitaus riskanter eine Demonstration zu organisieren und bewilligen zu

zuständig, das polizeiliche Aufgebot liegt jedoch bei der Kantonspolizei Bern. Diese greift vermehrt auf zwei neue Taktiken zurück. Einerseits kommt immer mehr die Hinderung einer Amtshandlung (siehe Strafgesetzbuch Art. 286) zum Zuge. Diese kann teilweise bereits angewandt werden, wenn mensch bei offensichtlich rassistischen Kontrollen die Polizei fragt, was sie da mache. So ist es ein Mittel gegen „unliebsame“ Zivilcourage. Der Strafbestand der Hinderung einer Amtshandlung wird jedoch auch im Kontext von Demonstrationen angewandt. So wurden viele der verhafteten Teilnehmer_innen des Antifa-Nachmittagsspaziergangs 2015 diesbezüglich verurteilt. Als zweite weitaus schwerwiegendere Taktik gilt der Einsatz der polizeilichen



Bern 2015...

lassen. In der Stadt Bern ist die Teilnahme an illegalen Demos nicht strafbar, die Organisation natürlich schon. Doch wenn es richtig gemacht wird, ist es schwierig die Beteiligung am Orga-Team nachzuweisen. Schwierig ist auch, dass nur schon andere Städte im Kanton Bern andere Bewilligungsregelungen haben. So ist zum Beispiel die Teilnahme an einer illegalen Demonstration in Thun und Biel strafbar.²

Polizeilicher Freibrief

In der Stadt Bern ist die Gemeinde für die Bewilligung von Demonstrationen

Generalklausel (Polizeigesetz des Kantons Bern Artikel 22):

„Die Polizeiorgane des Kantons und der Gemeinden treffen auch ohne besondere gesetzliche Grundlage unaufschiebbare Massnahmen, um eingetretene, ernste Störungen oder unmittelbar drohende, ernste Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu beseitigen oder abzuwehren“.

Die Generalklausel wurde eigentlich eingeführt, um Gesetzeslücken zu schliessen und auf unvorhersehbare Bedrohungen zu reagieren, wie dies zum Beispiel der Terrorismus durch DAESH/IS darstellt. Wie so oft bei Gesetzen zum „Krieg gegen den Terror“ werden solche Ausnahmeregelungen jedoch gerne genutzt, um politische Gegner_innen wie zum Beispiel Anarchist_innen oder andere

² Am besten studiert man vorher die Polizei- und Demonstrationsreglemente der Kantone bzw. der Städte. Bern zum Beispiel hat ein eigenes Kundgebungsreglement.

libertäre und kommunistische Gruppen zu unterdrücken. Dies hat man z.B. in der Türkei massiv gesehen oder auch beim Ausnahmezustand in Frankreich, welcher dann gegen die Loi-Travail-Bewegung eingesetzt wurde – und, in ein neues Gesetz gegossen, bis heute gilt. In kleinerem Masse geschieht dies jedoch auch in der Schweiz mit der polizeilichen Generalklausel. Diese ist als Gesetzeslückenfüllerin ein Gummiartikel und kann breit angewandt werden. Besonders die „unmittelbar drohenden Gefahren“ sind nicht ausreichend geklärt. Zudem hat sich gezeigt, dass die Kapo Bern immer wieder die eigenen Gesetze verletzt und Kompetenzen bewusst überschreitet. So werden einfach mal DNA-Proben oder Wegweisungen verfügt, ohne dass die dafür gesetzlichen Grundlagen ausreichen würden. Wenn die Betroffenen dann Einsprache oder Beschwerde einreichen, verliert die Kapo des öfteren. Leider wissen die Betroffenen meist nicht um ihre Rechte³ und legen darum keine Beschwerde ein. Die Anwendung der Gummi-Generalklausel kommt immer mehr zum tragen. So wurden die beiden Grossaufgebote an den Antifa-Demos im Herbst 2017 auch auf diese gestützt. Welche unmittelbare Bedrohung im Raum stand, war jedoch unklar. Die mediale Schützenhilfe nahm die Polizei dankend entgegen.

Mediales Rumgebelle

Die Polizei hat also ihre Aufstandsbekämpfung angepasst: Durch ihre Grossaufgebote kann sie einerseits die Demomobilisierung erschweren und gleichzeitig Aktivist_innen durch (temporäre) Festnahmen einschüchtern und durch die Bussen zum Beispiel wegen Hinderung einer Amtshandlung prekarisieren. Die Unterschicht muss es sich dann zweimal überlegen, ob sie nochmals an eine Demo geht, wo z.B. Bussgelder von 3000 Franken drohen. Vor allem da die Antirep-Strukturen meist längst nicht für alle Bussen aufkommen kann. Doch anstatt die Kosten eines übermässigen Polizeiaufgebots und vor allem die massive Einschränkung der Freiheit bei solchen Grossaufgeboten zu kritisie-

ren, erzählen die Medien die Geschichte der Polizei. Vorher heisst es meist: „Das Grossaufgebot ist notwendig wegen den gewalttätigen Chaoten (sic!)“. Nach der (Nicht-)Demonstration: „Das Grossaufgebot war erfolgreich, weil es keine gewalttätigen Chaoten hatte“. Es gibt diese Parabel mit dem Menschen und dem Elefanten, welche dieser Logik folgt: Ein Mensch sitzt auf einer Bank und klatscht in die Hände. Eine andere Person fragt, was der Mensch denn da mache. Dieser antwortet, er vertreibe Elefanten. „Welche Elefanten?“, fragt die Andere erstaunt. „Siehst du, es funktioniert!“, freut sich der Mensch auf der Bank.

Die mediale Landschaft in der Schweiz hat es längst aufgegeben, in solchen Situationen zu recherchieren, da es billiger ist, von der Polizei abzuschreiben. Ab und an gibt es Lichtblicke in den Medi-

und immer wieder die Absicht betonten, friedlich zu demonstrieren. Zu oft stufen die Medien die Mitteilungen und die Darstellungen der Organisator_innen richtigerweise als ideologisch und subjektiv ein, Polizei und Staat hingegen werden fälschlicherweise als objektiv und neutral betrachtet. Wie vor Gericht wiegt auch in den Medien die Darstellung der Polizei mehr als jene der Bevölkerung. Auch wenn die (berner Kantons)Polizei schon zig mal der politisch motivierten Falschaussage bezüglich Vorfällen in der Reitschule oder an Demonstrationen überführt wurde.

Neue Wege gehen?

Die Polizei hat gezeigt, dass sie neue Wege einschlägt. Antifaschistische Mobilisierungen werden mit einem Grossauf-



... und 2017. Anderer Anlass, die gleichen Bilder

en, wo man auf eine ausgewogene Berichtserstattung hoffen kann, doch diese werden immer spärlicher. Einerseits wegen mangelndem Geld für Recherche, andererseits weil sich ein Rechtsruck in den oberen Redaktionsebenen abzeichnet. Gerade in Bern machen sich die grossen Medien wie *Der Bund* oder die *Berner Zeitung* immer wieder der Aufhetzung gegen Demonstrationen schuldig. So wurden die Antifa-Demos 2017 immer wieder in Zusammenhang mit der „Schande von Bern“ 2007 in Verbindung gebracht, obschon sich die Organisator_innen nur nebensächlich darauf bezogen

gebot und Massenkontrollen aufgerieben, Die Demos am Marsch fürs Leben gingen hingegen zwar mit einem Grossaufgebot über die Bühne, jedoch ohne grössere Repressalien. Die FLTIQ-Nachtdemo wurde mit einem Spalier begleitet, was in Bern auch eine Neuheit war, diese Taktik ist eher von der deutschen Polizei bekannt. Auf der Bewilligungsebene nimmt sich der Staat auch immer mehr heraus: Einzelne Demos werden nicht bewilligt – so in Wileroltigen geschehen – oder die Routen werden ins Unsinnige getrieben.

³ nimmt deshalb nach solchen Problemen Kontakt mit Anwält_innen oder den Antirep-Strukturen auf.

Snickers essen (von Seite 7)

So warteten die Organisator_innen der Demo „den sozialen Kahlschlag stoppen“ am 22.11. über Wochen auf die Bewilligung, nur um dann anstatt der Route vom Bahnhof durch die Spitalgasse etc. eine weitaus schlechtere Route zu kriegen. Begründung: Zu Stosszeiten sei die Blockierung der Verkehrsachse nicht tragbar und die Demo „für unbeteiligte Passanten und Passantinnen unzumutbar“. Dies obschon die Stadt Bern laut ihren Lippenbekenntnissen die Anliegen der Demo unterstütze und sich mit ihren Anliegen solidarisiere. Wenn so die Solidarität der Stadtregierung aussieht, dann kann sie uns getrost gestohlen bleiben!

Neue Methoden, neue strategische Ausrichtungen, neue „Antiterror“-Gesetze – welche ironischerweise nur den staatlichen Terror stärken – und neue Gerätschaften wie IMSI-Catcher scheinen die Polizeiarbeit grundlegend verändert zu haben. Es wäre nun auch an der Zeit, dass wir als Widerstand auf der Strasse unsere Taktiken und vielleicht auch unser Auftreten kritisch reflektieren sollten. Währenddessen die Polizei auch Taktiken aus anderen Staaten übernimmt, scheinen wir immer noch auf die (eben nicht mehr) altbewährten Mittel zurückzugreifen. In den letzten 10 Jahren haben wir eine neue Radikalisierung gesehen, sowohl links wie auch rechts. Doch müssen wir uns eingestehen, dass die radikale Linke es versäumt hat, Leu-

te für ihre Ideen zu überzeugen. Dies soll nicht heissen, die eigenen Ideale zwecks einer Anbiederung an die Mitte aufzugeben. Diese Strategie hat z.B. die SPD gefahren und ist radikal gescheitert. Es sollte darum gehen, die Insel zu verlassen und auch Leute einzubeziehen, welche sich vom Teil selbst gefeierten Image des Black Blocks abgeschreckt fühlen. Widerstand muss breiter werden. Schlussendlich muss man die Kämpfe teilen, die Mittel dazu mögen zwar für sich selbst komisch wirken, doch Solidarität mit diesen Kämpfen heisst, Menschen zu unterstützen.

FAT

Aus der Schwäche heraus handeln

Wenn in eurem Betrieb die Zeichen auf Sturm stehen, müsst ihr weder den Kopf hängen lassen, noch von den glorreichsten Zeiten der Arbeiter_innenbewegung träumen, auch aus einer Position der Schwäche kann in einem Betrieb gehandelt werden.

Viele von euch werden die Situation kennen: In der Firma, in der ihr arbeitet, läuft irgendeine Sauerei. Umsetzungen stehen an, eine Kollegin soll gefeuert werden, Entlassungen stehen ins Haus, Zulagen sollen gestrichen werden, usw. Kurz und gut; Gegenwehr ist angesagt, ihr müsst was tun. Das Naheliegendste ist dann meist erst mal ein Gespräch mit den Kolleg_innen, gefolgt vom Gang zur Betriebskommission (wenn's überhaupt eine gibt...) oder zur Gewerkschaft. In den meisten Fällen ist dort dann schon Endstation. Bestenfalls wird euer Kommissionsmensch oder der zuständige Mensch der Gewerkschaft ein „Gespräch“ mit dem Ausbeuter (oder der Ausbeuterin) suchen. Oft nicht einmal das, weil die Sache sowieso schon vorab unter Beteiligung der Betriebskommission „klargemacht“ wurde.

Wenn du jetzt nicht aufgeben willst, musst du dir schon was anderes überlegen. Was jetzt angesagt ist, ist „Direkte Aktion“, aber das ist, zunächst mal, leichter gesagt als in die Tat umgesetzt. Wahrscheinlich wird es so sein, dass die meisten Kolleg_innen von dir eh schon resigniert haben



Solidaritätsaktion in Spanien für einen Arbeitskampf in Brisbane, Australien

und nur darauf hoffen, dass es nicht sie trifft sondern dich. Wenn es gut läuft, findest du einige fitte Kolleg_innen, denen es auch stinkt und ihr setzt euch zusammen. Das werden beim gegenwärtigen Stand der Dinge wahrscheinlich nicht allzu viele sein und schlimmstenfalls zu wenige, um genug Druck machen zu können. Wenn ihr offen auftrittet, seit ihr in nullkommanix auf der Abschussliste, für eure_n Ausbeuter_in sowieso, aber auch für die Betriebskommission, denn für die seid ihr an diesem Punkt zu einer unliebsamen Konkurrenz geworden, die Unruhe in die übliche Beschaulichkeit bringt.

Was ihr jetzt brauchen könntet, wäre etwas Unterstützung von Aussen, und das aus zweierlei Gründen: Der erste Grund ist, dass ihr durchaus etwas Rückendeckung brauchen könnt, solange ihr noch vergleichsweise schwach und isoliert seid.

Der andere Grund ist mehr strategischer Natur. Wenn ihr keine allzu grosse Chance habt, im internen Arbeitsablauf genug Unruhe verursachen zu können und damit den Preis so hoch zu treiben, dass eure Ausbeuter_innen klein beigeben, müsst ihr sie dort packen, wo es für sie unangenehm wird: Bei seinen Zulieferer_innen und Kund_innen. Sicherlich wäre euer Chef, eure Chefin nicht allzu begeistert, wenn er – sagen wir mal von einem Baumarkt – einen Anruf bekäme, dass zwischen seinen dort gelisteten Produkten immer wieder Handzettel und Aufkleber auftauchen, auf denen steht „Kaufen sie dieses Produkt nicht, in der Herstellerfirma sollen 20 Leute entlassen werden“ oder ähnliches. Oder wenn bei seinen Kund_innen plötzlich Leute auftauchen die Flugblätter verteilen und auf die Situation in eurer Firma hinweisen. Oder wenn seine Kund_innen

öfter mal Telefonanrufe bekommen, in denen gefragt wird, warum dort die Produkte deiner Firma immer noch verkauft werden. Das wird den Kund_innen lästig werden, er wird überhaupt nicht einsehen wollen, was er mit den internen Querelen seiner Lieferant_innen zu tun hat und das wird er deinem Chef mit Sicherheit auch klarmachen.

Ihr müsst natürlich in der Firma vorarbeiten, rausbekommen, wer eure Kund_innen sind, woher die Firma ihre Materiallieferungen bekommt, usw. Aber das sollte euch eigentlich keine Schwierigkeiten machen. Und ihr solltet euch Gedanken

darüber machen, was ihr mit der „klamheimlichen Freude“ anstellt, die sich bei euren Kolleg_innen mit Sicherheit einstellen wird. Denn jede Aktion von aussen, wird eure Position „drinnen“ stärken, weil sie Alternativen zur Resignation der verrechtlichten Auseinandersetzung aufzeigt, wie sie von der Gewerkschaft seit eh und je propagiert wird. Ihr solltet diese Chance vorsichtig nutzen, damit ihr demnächst von vornherein bessere Karten habt und eine längerfristige funktionierende Struktur aufbauen könnt. Eines sollte klar sein: Was hier vorgestellt wurde und was in dieser Form des öfteren funktionierte, ist

natürlich eine Strategie der Schwäche, die aus der momentanen Situation geboren ist. Dass wir relativ vereinzelt sind und uns regelmässig mit der Resignation unserer Kolleg_innen auseinandersetzen müssen. Besser wäre es selbstverständlich, wenn wir von vornherein genug Druck von „Innen“ machen könnten, um uns durchzusetzen. Das ist im Augenblick in den meisten Fällen aber nicht so. Was vielen von uns bleibt, sind individuelle Verweigerungsformen, wie Krankfeiern oder die kleine Sabotage.

Dieser Text erschien bereits in *Aktion* #0, 1999 und in der *Direkten Aktion*.

Die Wiederkehr des bolschewistischen Mythos Teil II

Dies ist die Abschrift eines Vortrags, den ich an der anarchistischen Büchermesse in London 2016 gehalten habe. Ich habe alle Punkte berücksichtigt, die ich in meinen Notizen aufgeschrieben habe – auch wenn einiges weniger ausführlich war, als im folgenden Artikel. Er deckt die grundlegenden Mythen und Realitäten über diese Zeit ab. (Teil I erschien in di schwarzi chatz #49)

Im Gegensatz zu 1917, als Lenin argumentiert hatte, dass der neue („Arbeiter_innen-“)Staat nur die Ausbeuter_innen unterdrücken werde, kamen die Bolschewist_innen an der Macht schnell zum Schluss, dass er benützt werden müsse, um alle zu unterdrücken, die sich gegen die Macht der Bolschewist_innen stellten – auch Arbeiter_innen und Bäuer_innen. Bezeichnenderweise waren von den 17'000 statistisch erfassten Lagerinsassen im November 1920, 39% Bäuer_innen und 34% Arbeiter_innen.

Dazu nochmals Lenins Worte von 1917: „Wo Unterdrückung herrscht, gibt es auch Gewalt, dort gibt es weder Freiheit, noch Demokratie.“

Es kann demzufolge keine Freiheit oder Demokratie für die Arbeiter_innen geben, wenn der „Arbeiterstaat“ sie unterdrückt.

Ideologische Wurzeln

Dies passierte nicht per Zufall – es gab ideologische Wurzeln zu alldem.

Lenin argumentierte in *Was tun?*, dass „Klassenbewusstsein nur von aussen an die Arbeiter getragen“ werden kann und zwar durch Intellektuelle aus der Mittelschicht und diese „Intellektuelle müssen mit uns sprechen und uns von denjenigen Dingen erzählen, welche wir nicht wissen und welche wir niemals aus unseren Fabrik- und Wirtschaftserfahrungen lernen werden, das heisst ihr müsst uns politisches Wissen geben.“

Mit dieser Aussage ist es gar nicht anders möglich, als für die Partei und ihre Führung eine privilegierte Position zu erschaffen. Zudem bedeutet die logische Schlussfolgerung dieses Arguments, dass das Klassenbewusstsein davon abhängt, wie fest die Arbeiter_innen der Parteiführung zustimmen. Es ist so gar nicht anders möglich, als die Macht der Partei an die Stelle der Arbeiter_innenmacht zu setzen – besonders weil ersteres immer das Ziel war – und der Macht eine autoritären, ja diktatorischen, Aspekt zu geben.

Daher forderte zum Beispiel die Bolschewistische Partei 1905 vom Petrograder Sowjet, dass er „sofort ein sozialdemokratisches Programm annehmen oder sich auflösen“ solle und wurde zu Recht „ignoriert“. Ausserdem machte das Zentralkomitee der Partei, die Effizienz des Avantgardismus vor Augen führend, diese falsche Entscheidung zur „bindenden Direktive für alle anderen bolschewistischen Organisationen.“ Zwei Jahre später argumentierte Lenin, dass die Partei sich an den Sowjets beteiligen solle, aber jede solche Aktivität

solle „strikt auf Parteilinie durchgeführt werden, mit dem Zweck die Partei voranzubringen und zu stärken.“ Er ergänzte „wenn sozialdemokratische Tätigkeiten unter den proletarischen Massen korrekt, effektiv und in grossem Stil organisiert werden, könnten solche Institutionen [wie die Sowjets] tatsächlich überflüssig werden.“

Auf dies bezog sich *Was tun?*: Die Sowjets wurden als Instrumente für den Parteaufbau angesehen, nicht als Instrumente für die Organisation der Gesellschaft. 1918 wurde der Konflikt zwischen der Sowjetdemokratie und der Parteiherrschaft zugunsten der letzten entschieden – die Sowjets wurden „überflüssig“, auch wenn sie formal noch bestehen blieben.

Dazu kam noch die „sozialistische“ Vision der Bolschewist_innen. Diese wurden von Marx ererbt und waren deshalb von Verstaatlichung und Zentralisierung geprägt und waren in Staatsglauben und dazugehörigen Vorurteilen verwurzelt. Lenins Position zu Ein-Personen-Managements bezieht sich deutlich auf Engels antianarchistische Hetzschrift *Von der Autorität*, denn eine Perspektive, die den Arbeitsplatz als im Kern autoritär betrachtete, sieht die Notwendigkeit für Selbstverwaltung nicht. Ähnlich sind die Versuche der Bolschewist_innen die Arbeit zu „militarisieren“ ein Wiederhall auf die „industriellen Armeen“ im *Kommunistischen Manifest*. Wenn von diesem ideologischen Vermächtnis ausgegangen wird, überrascht

weiter auf Seite 9

Bolschewismus

(von Seite 7)

nicht, dass die Zentralisierung fetischisiert wurde und von den Bolschewist_innen umgesetzt wurde. Ähnlich wenig überraschend bedeutete dies in der Realität, dass immer mehr politische und ökonomische Macht in immer weniger Händen konzentriert wurde. Die Bolschewist_innen hatten also eine Vision der Arbeiter_innenmacht, welche die Arbeiter_innen systematisch entmachtete. Als guter Sozialdemokrat wurde für Lenin der Sozialismus eher auf den ökonomischen Strukturen aufgebaut, welche vom Kapitalismus geerbt wurden als auf den Organisationen der Arbeiter_innen selbst, wie die Anarchist_innen es wollten. Deshalb war Sozialismus für

vor allem Gewerkschaftsfunktionären). Diese Struktur war, wie ein Experte bemerkte, „ein Ausdruck des Prinzips der Zentralisierung und Kontrolle von oben, welche an der marxistischen Ideologie so auffallend sind.“ Wenn von den Annahmen in *Was tun?* ausgegangen wird, wusste die Partei besser als die Arbeiter_innen was zu tun ist:

„An drei Anlässen im ersten Monat der Sowjetmacht, versuchte die Führung des [Fabriks-]Komitee ihr Model umzusetzen. Jedes Mal wurden es von der Parteiführung wieder ausser Kraft gesetzt. Das Resultat war dass Führungs- und Kontrollaufgaben an Staatsorgane übergangen, welche den Zentralbehörden unterstanden und von diesen gegründet wurde.“

Wenig überraschend zeigte sich, dass der Zentralisierungsfetisch der Bol-

rend lokale Fabriken ... geschlossen wurden“ (angesichts des Zustands der Transportwege war dies doppelt ineffizient). Örtliche Gruppen beschwerten sich zu recht, dass „das Zentrum ein erhebliches Ausmass an Konservatismus und Routinedenken zeigte“ und dass sie die lokale Situation besser kannten und „sich weit-sichtiger zeigten, als das Zentrum.“

Dazu kam, dass „die Unzulänglichkeiten der Zentralverwaltung und des *glavki*-Systems zusammen mit der Nummer der Unternehmen unter ihrer Kontrolle anstiegen“ und dass „verschiedene Abteilungen des Sovnarkhoz [Regionaler Wirtschaftsrat] und der Kommissariatsstruktur durch ‚dringende‘ Delegationen überfordert wurden und in Dokumentationsarbeit untergingen.“ Dies führte zu verschiedenen Problemen, wie:

„Materialien wurden den Fabriken in willkürlichen Mengen geliefert... Das lange Prozedere, um die Produkte zu verteilen, verstärkte den Mangel... denn Produkte blieben im Lager, bis die Zentrale sie für eine_n zentral definierte_n Konsument_in bestellte. Ungenutzte Vorräte bestand zur gleichen Zeit wie akuter Mangel. Die Zentrale war ausserstande die richtigen Mengen zu definieren ... Die Kluft zwischen Theorie und Praxis war erheblich.“

Trotzdem „bewirkte das Versagen des *glavki*-Systems kein Überdenken des Problems der ökonomischen Organisation. ... Im Gegenteil: Die Zentralisierungsideologie wurde verstärkt.“ Dies führte zu einem harten Durchgreifen gegen lokale Initiativen, da diese die Massnahmen der Zentrale untergruben. Dies hatte zur Folge, dass nichts mehr getan wurde, da das Zentrum bürokratisch und ineffizient war. Die bolschewistische Ideologie und die Vorurteile, welche sie förderte, hatten auch Auswirkungen auf andere Bereiche, zum Beispiel:

„Mangel an Brennstoffen und Materialien in der Stadt richtete den grössten Schaden bei den grossen Unternehmen an, da deren Betriebskosten für die Heizung des Werks und der Hochöfen proportional grösser waren, als bei kleineren Unternehmen ... Bis 1919 weigerten sich die Führer des Regimes anzuerkennen, dass kleinere Unternehmen ... effizienter sein könnten ... und erst 1921 erfassten einige bolschewistische Theoretiker_innen die ökonomischen Gründe für diese offensichtliche Verletzung ihrer Grundannahme, dass grössere Einheiten an sich produktiver seien.“

Es war also die bolschewistische Ideologie, über deren bevorzugte Strukturen



Versammlung der Arbeiter der Putilov-Werke in Petrograd, Juli 1920

Lenin „der nächste Schritt vorwärts vom staatskapitalistischen Monopol, welches gemacht wurde, um den Interessen des ganzen Volks zu dienen und deswegen zu einem gewissen Grad aufgehört hat ein kapitalistisches Monopol zu sein.“

„Die neuen Kontrollmittel wurden nicht von uns erschaffen, sondern durch den Kapitalismus.“ Deswegen wurde der „Staatsapparat, welchen wir brauchen um den Sozialismus herbeizuführen, ... vorgefertigt vom Kapitalismus [übernommen]; Unsere Aufgabe ... ist es lediglich das abzuhacken, was diesen exzellenten Apparat kapitalistisch verstümmelt, ihn noch grösser zu machen.“

Als der Oberste Rat für Volkswirtschaft geschaffen wurde, nutzte dieser das *glavki*-System aus dem Zarismus (mit symbolischen Arbeiter_innenvertretern,

schewist_innen ineffizient, verschwenderisch und bürokratisch war. Das Ein-Personen-Management führte zu einem „grösseren Grad an Verwirrung und Unentschlossenheit“ und das „Resultat... war nicht weisende Führung, sondern Distanz und eine zunehmende Unfähigkeit lokalen Bedingungen angemessene Entscheidungen zu treffen. Trotz Zwang wurden Befehle bei der Eisenbahn oft als unausführbar ignoriert.“ Tatsächlich gab es eine markante „Kluft zwischen der Abstraktion des Prinzips der Zentralisierung und dessen Realität“ und Ineffizienz wuchs mit der verschwendeten Zeit, die entstand um „in strikten Einklang mit der vertikalen Administration“ zu sein.

„Halbfertige Produkte [wurden] in andere Provinzen transportiert, um sie fertigzustellen, wäh-

und Entscheidungen, die sie beeinflusste, welche die ökonomische Krise in der Revolutionszeit verschlimmerte.

Dazu kommen strukturelle Aspekte, die aus einer staatsgläubigen Organisierung erwachsen, besonders die Erschaffung einer Trennung in Herrschende/Beherrschte und dass Macht korrumpiert – auf diesem Auge schienen die Bolschewist_innen blind gewesen zu sein. Im April 1918 argumentierte Trotzki zum Beispiel, dass die Regierung „besser im Stande [sei] in der Sache zu urteilen“ als die Massen und dass vom Volk Gehorsam erwartet werde, bis sie „die Regierung entlassen und eine neue ernennen.“ Er warf die Frage auf, ob es für die Regierung möglich sei gegen „die Interessen der Masse der Arbeiter und Bauern“ zu handeln. Unglaublicherweise antwortet er mit nein, denn „es kann keinen Gegensatz zwischen der Regierung und der Masse der Arbeiter geben, so wie es keinen Gegensatz zwischen der Leitung einer Gewerkschaft und der Generalversammlung ihrer Mitglieder geben kann.“ Jede_r Gewerkschafter_in kann aus Erfahrung sagen, dass dies einfach nur naiv ist. Und, natürlich, nahm Trotzki dann auch an, dass bei jedem solchen „Gegensatz“ die Massen falsch lägen und ihnen zu erlauben die Regierung zu „entlassen“ falsch sei. Ironischerweise räumte er später ein, dass in der bolschewistischen Partei eine bürokratische Kaste existierte.

„Wie so oft entwickelte sich eine tiefe Spalte zwischen den bewegten Massen und den Interessen der Parteimaschinerie. Auch die bolschewistischen Parteikader, welche die Vorzüge einer aussergewöhnlichen revolutionären Schulung genossen, waren definitiv geneigt, am denselben Tag als die Monarchie umgestürzt wurde, die Massen zu ignorieren und ihre eigenen Spezialinteressen und die Interessen der Maschine zu erkennen. Was kann denn von diesen Kadern erwartet werden, als dass sie eine allmächtige Staatsbürokratie wurden?“

Allerdings.

Ausreden, Ausreden, Ausreden...

An dieser Stelle werden Leninist_innen den Einspruch erheben, dass ich die „objektive“ Realität, welche den Bolschewist_innen entgegen trat, ignoriert hätte und deswegen den typischen „Idealismus“ ausdrücken würde, den sie mit dem Anarchismus verbinden.

Nur betonen Leninist_innen selbst die Wichtigkeit der Ideologie, wie zum Beispiel anhand ihrer extrem oberflächlichen Darstellungen der Spanischen Revolution und der Aktivitäten der CNT, gezeigt werden kann. Diese Darstellungen ignorieren die objektiven Umstände komplett und schieben alles auf „anarchistische Ideologie.“ Ganz zu schweigen von den endlosen Artikeln, in denen sie schreiben, dass der Bolschewismus für eine erfolgreiche Revolution entscheidend sei.

Was also sind, nach den Leninist_innen, die „objektiven“ Faktoren, welche den Bolschewismus vom Kurs ab brachten? Normalerweise sind es vier: Bürgerkrieg, wirtschaftliche Störung, Rückgang und „Deklassierung“ der industriellen Arbei-

ter, d.h. Bürgerkrieg, welcher verheerender als ein äusserer Krieg ist.“

Zur Erinnerung: Er verkündete (zu unrecht) in *Staat und Revolution*, dass die Anarchist_innen die Gefahren der Konterrevolution ignorieren würden – es ist also kaum eine glaubwürdige Verteidigung die Degeneration der Revolution auf etwas zu schieben, was als unvermeidbar gilt. Besonders wenn die Anarchist_innen noch (fälschlicherweise) angeprangert werden, weil sie die Unvermeidbarkeit ignorierten!

Dazu kommt, dass die Repression gegen die interne Arbeiter- und sozialistische Opposition umgekehrt proportional zur Bedrohung war – je näher die Weissen waren, desto weniger Repression, denn die Bolschewist_innen brauchten jeden



Teil der Revolutionären aufständischen Armee der Ukraine (Machnowschtschina)

ter_innenklasse und Isolation – also das Ausbleiben von Revolutionen in Westeuropa, vor allem in Deutschland.

Ich werde die vier nacheinander betrachten.

Bürgerkrieg

Das Hauptproblem mit der Bürgerkriegsausrede ist, dass fast alles was als Beispiel für den „Rückzug“ vom Sozialismus von heutigen Leninist_innen angeführt wird, vor dem Bürgerkrieg geschah. Selbst wenn dieser peinliche Fakt ignoriert wird, entsteht ein Problem: Lenin selbst argumentierte, dass ein Bürgerkrieg unvermeidbar sei:

„Jede grosse Revolution, und speziell eine sozialistische Revolution, selbst wenn es keinen äusseren Krieg gibt, ist unvorstellbar ohne inneren

und jede um die Revolution zu verteidigen und die sozialistische Opposition bevorzugte die Roten den Weissen; je kleiner die Bedrohung des Regimes durch die Weissen war, desto grösser war die Repression. Und diese Repression richtete sich auch gegen diejenigen, die innerhalb der offiziellen, von den Bolschewist_innen eingeführten Kanälen arbeiteten (dass die „Menschewiki nicht darauf eingestellt waren, im legalen Rahmen zu bleiben ... scheitert an der faktischen Überprüfung.“).

(Teil III folgt in der nächsten Ausgabe)

Iain McKay

Zuerst erschienen im

Anarcho-Syndicalist Review ASR #70

Übersetzt von smf

Was die Anarchisten wollen

Der Abschnitt Unsere Mittel von Schoyel-Yoysef Janovsky zum Konflikt der Methoden in der Linken.

Dass uns die Reichen hassen und verfolgen, begreifen wir; denn wir haben es verdient, weil wir ihre unerbittlichen Feinde sind; wir hassen sie mit jedem Tropfen unseres Blutes, und wir schrecken vor keinen Mitteln zurück, unsere gemeinsamen Feinde zu vernichten. Keine Verfolgungen ihrerseits zu erwarten, wäre ganz einfach eine Thorheit; ihre Verfolgungen sind sogar ein erfreuliches Zeichen, denn diese liefern uns den unwiderlegbaren Beweis, dass wir ihre empfindlichsten Punkte, diejenigen, die sie am meisten schmerzen, berühren. Es wundert uns daher nicht, wenn ein Bourgeois den Anarchismus als eine Teufelsidee und die Anarchisten als den Auswurf der Hölle, als wilde Thiere usw. bezeichnet; es schmerzt uns aber ungeheuer, sehen zu müssen, dass mehr oder minder geistig emanzipirte Arbeiter, welche sich Sozialdemokraten nennen, nicht anstehen, unsere Ideen, unsere Taktik, überhaupt alles, was man unter dem Wort Anarchismus versteht, mit Schmutz und Koth zu bewerfen. Ihre traurige Taktik ist ganz einfach: sie kritisieren den Anarchismus, fassen aber denselben nicht so auf, wie er von seinen Vertretern klar dargestellt ist; würden sie ihn so auffassen und dann kritisieren, wir würden durchaus nichts dagegen haben, im Gegentheil, wir würden ihnen dafür sehr dankbar sein; dieses thun sie aber nicht. Gewöhnlich schildern sie den Anarchismus als so lächerlich und verrückt, wie es nur Verrückte selbst thun können und suchen diese Lächerlichkeiten durch faule Argumente zu beweisen und schreien dann grossmaulig in die Welt: „Seht Euch doch nur die Anarchisten an, was das für Thoren sind!“

Wahrscheinlich habt Ihr schon erfahren, dass die Anarchisten Gegner der Trades Unions, der Achtstundenbewegung usw. sind. Ich aber erkläre der ganzen Welt offen und frei, dass dieses eine infame Lüge ist. Betrachtet nur den Unsinn: Ein Anarchist, der zu jeder Stunde bereit ist, sein Leben für seine Idee und für das Glück der Menschheit zu opfern, soll nicht damit einverstanden sein, dass der Arbeitstag verkürzt werden sollte! Während die Anarchisten unaufhörlich predigen: „Arbeiter, vereinigt Euch!“ sollen dieselben Gegner der Verkürzung der Arbeitszeit sein — ist

das möglich?

Aber, wird der Leser sagen, aus der Luft kann es doch nicht gegriffen sein, es muss doch etwas dahinterstecken. — Gewiss steckt da etwas dahinter, betrachten wir aber was.

Das Entstehen der Trades Unions war das Resultat der Unterdrückung und Tyrannei der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Obwohl der Zweck der Vereinigung kein sozialistischer war — man vereinigte sich nicht, um mit dem Lohnsystem tabula rasa zu machen, sondern nur, um einige kleinliche Vortheile zu erringen —, so ist doch die Thatsache allein, dass die Arbei-



ter angefangen haben, sich zu vereinigen, um gegen ihre Blutsauger zu kämpfen, für jeden ehrlichen Arbeiterfreund ein erfreuliches Zeichen. Die Hauptpunkte, welche die Unions in Sicht gehalten haben, waren gewerkschaftlicher Natur: die Preise nicht herabdrücken lassen, dann und wann für bessere Löhne streiken und manchmal einen Mitarbeiter in der Noth unterstützen. Zur Zeit der Entstehung der Unions waren dieselben den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Weil damals das Maschinenwesen noch nicht sehr entwickelt und folglich die Arbeitslosigkeit nicht so gross war wie heutzutage, so konnten die Unions, wenn sie gut organisirt waren, der Macht des Bourgeois als eine Macht gegenüberstehen. Aber das Maschinenwesen hat sich seither mehr und mehr entwickelt, die Zahl der beständigen Arbeitslosen wurde von Tag zu Tag grösser und die Unions hörten auf, ein Kampfmittel gegen die Kapitalmacht zu bilden. Nicht allein hat die Union ihre Macht verloren, sondern der Kapitalist wurde ihr gegenüber auch allmählig freundlicher gesinnt. Das ist der beste Beweis, dass die Trades Unions keinen Daseinsgrund mehr haben. Und wirklich könnte sie dann nur gefährlich werden, wenn der Kapitalist ausser dieser Institution keine Arbeiter bekäme, um ihm seine Waaren zu verfertigen.

Wie verhält sich aber die Sache gegen-

Zum Text

Der nebenstehende Text ist ein Ausschnitt aus dem Artikel *Was die Anarchisten wollen* von Schoyel-Yoysef Janovsky. Der Artikel wurde 1887 auf Jiddisch publiziert.¹ Der vorliegende Text wurde weitgehend so abgedruckt wie er in unsere Finger geriet. Wir haben darauf verzichtet die alten Schreibweisen anzupassen (i zu ie oder th zu t) oder dem Artikel nachträglich eine „korrekte“ Genderschreibweise aufzudrücken.

Der Autor beschreibt aus dem Eigentumsdogma heraus die Arbeiter_innenklasse und beschreibt was die Kommunist_innen und Anarchist_innen wollen. Damals nicht aus einer gespaltenen Be-

wegung heraus dargestellt, sondern als zwei – miteinander verbundene – Prinzipien, wobei sich ersteres auf die Logik einer zusammenhängenden Gesellschaft bezieht, und letzteres sich auf die Kritik an der Herrschaft.

Im hier abgedruckten Abschnitt *Unsere Mittel* geht es vor allem um die Konflikte zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus, zwischen reformistischen und revolutionären Ansätzen. Der Konflikt schwillt auch heute weiter, denn es gibt keine logische Abgrenzung und keine Möglichkeit den Konflikt anhand der verwendeten Argumentationslinien zu überwinden. Wirklich tragisch wird es allerdings, wenn die Vertreter_innen der beiden Strömungen diesen Konflikt aus blossem Reflex nachbeten oder gar die Vorwürfe der Gegenseite für bare Tatsachen nehmen.

s.ideo

¹ Der Artikel wurde von der Londoner Gruppe *Autonomie* übersetzt und im 7. Heft herausgegeben. Der ganze Artikel findet ihr auf anarchistischebibliothek.org. Einzelne Ausgaben der *Autonomie* finden sich bei a-bibliothek.org.

wärtig ? Eine ganze Armee arbeitsloser Menschen lauert nur auf die Gelegenheit, um, wenn Arbeiter irgendwelcher Branche streiken, sich in deren Stellen einzuschleichen. Ihr werdet vielleicht sagen, dass Arbeiter, die solche Thaten vollbringen, nicht rechtschaffen handeln, aber die Thatsache steht nichtsdestoweniger fest. Wenn ihr die Sache reiflich überlegt, wenn ihr euch nur eine Minute in die Lage solcher Armen versetzt, dann werdet ihr einsehen, dass dieselben nicht so sehr zu verdammen sind. Wieviele Tage mögen sie gehungert, wieviel Elend ertragen und wieviele Gewissensbisse mögen sie ausgestanden haben, bevor sie sich entschlossen, die Arbeitsstellen auszufüllen, die ihre Brüder verlassen ? Die Streikenden selbst können nicht mit Sicherheit behaupten, ob sie unter solchen Umständen nicht geradeso gehandelt hätten. Hunger leiden ist sehr bitter und es

Seele hineinathmen; anstatt der veralteten Prinzipien geben sie den Unions neue, welche den Umständen unserer Epoche angemessen sind. Und was besagen diese neuen Prinzipien ? Abschaffung des Privateigentums, um gänzlich befreit zu werden; und weil der Kapitalist niemals auf friedlichem Wege die uns geraubten Reichthümer und Rechte wieder hergeben wird, so müssen wir, wenn es nothwendig ist, Gewalt gebrauchen. Wären die Unions von diesen Prinzipien durchdrungen, so gingen nicht so viele Streiks zum Nachtheile der Arbeiter verloren.

Noch dazu bilden die Unions eine miserable Karrikatur der heutigen Regierung. Da sind „Könige“, „Minister“, „Generäle“ und „Sekretäre“, die als Rädelsführer eine unbeschränkte Macht ausüben; was sie sagen, muss unfehlbar und heilig sein; sie sind sehr behutsam, dass ausser ihren alten

volutionärer werden; das alte Streiklied soll endlich aufhören, und wenn einmal gestreikt werden sollte, dann soll man, um siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen, vor keinen Mitteln zurückschrecken.

Ganz dasselbe ist es auch mit dem achtstündigen Arbeitstag. Kein Anarchist hat noch den Unsinn ausgesprochen, lieber fünfzehn als acht Stunden täglich zu arbeiten. Solches zu äussern, müsste man dem Wahnsinn verfallen sein. Was er aber sagt, ist dieses: Die Arbeiter werden durch den Achtstundentag blutwenig Vortheile erreichen, denn Sklaven bleiben sie nach wie vor und darum sollen sie wegen dieser Kleinigkeit ihre gänzliche Befreiung nicht ausser Augen lassen. Ausserdem kritisirt der Anarchist die Art und Weise, wie die Arbeiter den achtstündigen Arbeitstag zu erreichen suchen. Mit freudigem Herzen würden die Anarchisten in der Bewegung



ist daher kein Wunder, wenn uns derselbe besiegt; er erstickt die schwachen Solidaritätsgefühle der Arbeiter.

Wie die Sache sich auch verhalten mag, ob die sog. Streikbrecher gute oder schlechte Menschen sind, die Trades Union verliert ihre Macht, gegen das Kapital zu kämpfen und ist folglich ihrem Zerfall sehr nahe; denn nichts existirt auf der Welt, was nicht seinen Zweck verliert. Aber die Arbeiter denken: Warum sollen wir uns einem solchen Institut anschliessen, das nicht im Stande ist, uns zu helfen?

Diese fatale Situation kränket die Anarchisten, weil sie wissen, dass die Arbeiter, um nicht gänzlich hilflos zu sein, nothgedrungen der Vereinigung bedürfen; andererseits sind sie überzeugt, dass die Prinzipien, die Basis, auf welcher die Union einst gegründet war, ihre Zeit abgelebt hat, und der Zerfall dieser Vereinigung wird unvermeidlich sein, wenn sie keine günstige und ernsthafte Aenderung annehmen wird. Was bleibt also den Anarchisten anders übrig, als auf dem Felde dieser unerspriesslichen Institutionen eine rege propagandistische Thätigkeit zu entfalten ? Sie geben sich alle mögliche Mühe, die Unions zu reorganisieren; sie wollen in diesen Körper eine neue

und vermoderten Ideen sich keine neue in ihre Organisation hineinschleichen, und nicht selten kommt es sogar vor, dass die Arbeiter von ihren eigenen Führern verrathen werden.

Mit einem Wort, diese Institution wurde für viele Schwindler ein lekerer Bissen und wie sie gegenwärtig dasteht, ist sie ein todes Glied in der Arbeiterbewegung und eine gewisse Hemmung für dieselbe. Die Anarchisten thun ihr Möglichstes, dies abgestorbene Glied wieder ins Leben zu rufen!

Man ersieht also, in welchem Sinne die Anarchisten gegen die Unions sind. Sie sind überhaupt keine Gegner der Unions, aber sie sträuben sich gegen die Korruption und Bestechlichkeit, die gegenwärtig vollmächtig in diesen Institutionen herrschen. Sie empören sich gegen das schamlose Thürenverschliessen dieser Vereine gegen irgend eine neue und gesunde Idee, damit dort die Schwindler nach Herzenslust wirthschaften können. Der einzige Wunsch der Anarchisten ist, dass die Unions eine erspriessliche Thätigkeit beginnen sollen; denn was könnte nicht geschehen, wenn die Arbeiter von ihren Führern sich befreien würden ? — Der Geist dieser Vereine soll anstatt ein gewerkschaftlicher, ein re-

mitgemacht haben, wenn alle Arbeiter sich erhoben hätten, wie es die Märtyrer von Chicago gethan haben. Wenn Alle zur selbigen Zeit ihre Sklavenketten abgeworfen, um mit stolztem Bewusstsein ihre gerechten Forderungen zu erringen, wenn sie so den Kapitalist, den Blutsauger gezwungen hätten, nachzugeben, dann würden sie richtig gehandelt haben, wie zielbewusste Arbeiter handeln sollten.

Wie sieht es aber jetzt aus ? Anstatt ihre rechtmässigen Ansprüche geltend zu machen, betteln sie; sie petitioniren an die Regierung, sie möchte doch so gut, so freundlich, so gnädig und barmherzig sein und einen gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag dekretiren. Welche Wirkung ein solches Gesetz haben könnte, werden wir an anderer Stelle erklären, aber Jeder wird begreifen, welch einen Unsinn die Arbeiter begehen, indem sie sich an die Regierung um Hilfe gegen das Kapital wenden. Wer ist denn die Regierung? Besteht sie nicht aus der Kapitalistenbande selbst! Hat sie denn nicht unzählige Male bewiesen, auf welcher Seite sie steht und wessen Interessen sie vertritt ? Lässt sie nicht beim

weiter auf Seite 14

Anarchisten

(von Seite 13)

geringsten Anlass das Militär gegen die Arbeiter aufmarschieren? Und vor einer solchen Regierung kriecht man zu Kreuze und fleht sie um Hilfe an!!

Das Traurigste an der Sache ist, dass die Führer der sogenannten Achtstundenbewegung sich revolutionär nennen. Man muss nur diesen Unsinn richtig auffassen: Regierung und Revolutionäre wollen Hand in Hand gehen! Eine grössere Simpelhaftigkeit hat die Welt noch nie erlebt. Anstatt Revolutionär sollten sie sich alte und feige Memmen nennen; diese Betitelung würde, ihren Handlungen gemäss, viel richtiger für sie passen. Wenn sie wirklich einen revolutionären Geist besässen, so müsste ihr erstes Streben sein, die Regierung zu vernichten. Ihr Betteln und zu Kreuze kriechen vor der

ter theilt ihm mit, dass er von heute an nur acht Stunden täglich zu arbeiten brauche; der Arbeiter bedankt sich bestens für des Meisters Gutherzigkeit; der Meister aber unterbricht ihn, indem er ihm mittheilt, dass sein Lohn dementsprechend verkürzt werden wird. Bei dieser Erklärung wird der Arbeiter konfuse und antwortet: Wo soll ich denn dann meine Existenzmittel hernehmen? Das sind meine Sachen nicht, antwortet der Kapitalist; handle nach deinem Gutdünken. Hier ist der Arbeiter in engere Wahl getrieben: entweder er arbeitet für einen Spottpreis (dann hat das Gesetz von vornherein seine Wirkung verfehlt) oder er streikt. Wenn er nun am Schluss der Komödie doch streiken muss, warum thut er dies nicht, bevor er die Regierung anbettelt? Er würde sich die Mühe gespart haben, mit einer schuftigen Regierung in Unterhandlung

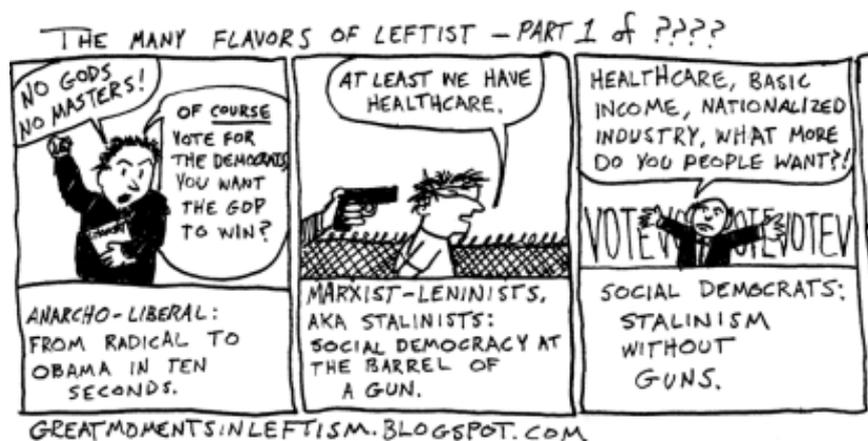
wissenschaftlichen Sozialismus stehen, können sie sich mit keinen Reformen beschäftigen; der wissenschaftliche Sozialismus hat ein für allemal sein ehernes Lohngesetz festgestellt, d. h., solange das kapitalistische System existirt, solange wird der Lohn des Arbeiters nicht höher sein, als er für seinen dürftigen Lebensunterhalt nothwendig hat; darum sagen die Anarchisten, dass in den Grenzen des heutigen Systems keine Reform durchführbar ist, um der Arbeiterklasse als Klasse wirklich zu helfen. Ihre Emanzipation kann nur durch Abschaffung der Klassenherrschaft geschehen, durch die Vernichtung des Privateigenthums und der Herbeiführung der sozialen Revolution.

Nach ihr müssen alle Bestrebungen eines Arbeiterfreundes sich richten, alles andere muss bei ihm Nebensache sein; überall, wo er sich nur befindet, soll er den Hass des heutigen Systems predigen und für dessen Vernichtung wirken.

Man wird uns auch die Worte entgegenhalten: „Die soziale Revolution ist noch lange nicht am Ausbrechen, was sollen wir bis dahin tun?“

Dieses ist eine ganz falsche Meinung, so gut wie wir nicht behaupten können, dass die Revolution morgen ausbrechen wird (weil wir keine Propheten sind), ebensogut können auch Andere nicht sagen, dass sie in 10, 20 oder 30 Jahren erst stattfinden wird; Thatsache ist aber, dass wir alle fühlen, dass wir an der Schwelle der Revolution stehen, ohne genau zu wissen, wann sie ausbrechen wird. Soll sie aber plötzlich von feindseliger Seite aus provoziert werden, oder soll sie uns vorbereitet finden, sie zu empfangen? Wir sind überzeugt, dass, wenn die ganze Kraft und Energie, welche bisher für Petitionen vergeudet wurde, für revolutionäre Propaganda angewendet worden wäre, wir die Revolution schon hinter uns haben würden und wir würden von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche wir jetzt nur erhoffen, schon genossen haben. Die Revolution wird nicht von Göttern, sondern von Menschen ausgeführt, und wenn alle Diejenigen, welche sich bis dato beschäftigten, ein durchlöcheres Fass anzufüllen, ernste Revolutionäre gewesen sein würden, dann könnten wir schon von unserm Elend längst befreit sein.

Das sind die Prinzipien der Anarchisten. Jeder Tag bringt neue Kämpfer in unsere Reihen. Die Kapitalisten und Blutsauger mögen, wenn wir so unser Werk weiter befördern, zittern, dann wird das Elend bald zu Ende sein, und eine Zeit von Glück und Zufriedenheit wird in der ganzen Welt herrschen.



Regierung ist verachtenswerth und auch gänzlich vergebens. Wenn wirklich die Regierung ein solches Gesetz erlassen würde, wäre damit unsere Sache schon gewonnen? Nicht im geringsten; denn erstens kann dies Gesetz nur eine Wirkung auf gewisse Geschäftszweige haben. Betrachten wir z. B. die Feldarbeiter; für diese wäre das Achtstundengesetz gar nicht anwendbar und in den kleinen Fabriken würde es einen sehr geringen Werth haben. Dies Gesetz also würde nur dahinzielen, eine sogenannte Aristokratie unter den Arbeitern zu bilden, und die Gesammtheit der Arbeiter wird nach wie vor Entstehung des Gesetzes arm und elend bleiben.

Glaubt aber nicht, dass damit alles schon gethan wäre; auch nicht die kleinste Forderung, die man ausgebettelt, erhält sofortige Genugthuung, aus dem einfachen Grunde, weil man erstere nicht erkämpft hat. Nachdem das Gesetz durchgeführt ist, begiebt sich der Arbeiter zur Werkstatt; sein Meis-

zu treten, damit es schliesslich noch heissen soll, die Regierung hat den Arbeitern geholfen.

Dann werden aber auch Einige sagen, es giebt noch ein dritter Ausweg. Die Regierung kann ja den Arbeitspreis bestimmen. Um dieses zu erreichen, antworten wir, müssten wir uns bis zum jüngsten Tag gedulden; in anderen Worten, dieses wird niemals geschehen.

Wir beteiligen uns an keinen Wahlen, weil wir wissen, dass das Parlament den Arbeitern nicht helfen wird, sondern, dass die letztern auf sich selbst angewiesen sind; aus diesem Grunde stellen wir keine Arbeiterkandidaten auf. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass die, welche ins Parlament treten (wenn sie auch früher ehrliche Menschen waren), unter den korrumpirten Mitgliedern selbst verkommen, wodurch die Arbeiterbewegung leidet.

Welche Taktik befolgen also die Anarchisten? — Indem sie auf dem Boden des

organisiert

etwas mürrisch stand ich vor
seinem tisch

wollte wissen ob sie mir die
abgelaufenen sohlen bezahlen
würden

nö
meinte der sekretär
aber wenn du die leute auf
den baustellen organisierst
dann bekommst du einen
kleinen bonus dafür

das wäre wirklich toll
so was könnte ich gut
gebrauchen

also dann

er paffte an seiner zigarre
und blies mir den herben
rauch ins gesicht

danke schön

immer noch: organisiert

ich schloss artig die türe
hinter mir zu und lief eilig
an den paar arbeitslosen
die im gang rumsassen
vorbei

ich hatte mir das anders
vorgestellt
die arbeiter organisieren
dass liest sich gut in den
dicken büchern

und die leute die das
machten waren für mich
so eine art helden

gewesen

und ich lauf mir jetzt die
sohlen ab und darf mir
die flotten sprüche
anhören

verpiss dich

von: Hans Marchetto

arbeiter leben

vater ging früh morgens weg

mutter ging früh morgens weg

grossmutter machte das
mittagessen

manchmal holte sie das essen
auch in der kantine

damals stellte ich noch
keine fragen

ich dachte alle würden so
leben wie wir

von: Hans Marchetto

Republikflüchtling

Als Werner die DDR verlassen hatte wurde er von einem Reporter gefragt
warum er geflüchtet sei.

„Wegen der Unfreiheit“ war seine Antwort.

Heute wo er im Betrieb das Maul halten muß.

Täglich gedemütigt wird von seinen Bossen. Weiss er nicht mehr

Wohin er flüchten soll

von: Harald Stubbe

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiterrinnen Union in der Schweiz

Spanien: Aufstand in Schwierigkeiten
Spezialprogramm um Spezialprogramme, Proteste um Proteste. Die Nachrichten aus Spanien haben ein offizielles Bild. Wir stehen die dortigen sozialen- und Arbeiter_innenbewegungen und soziale Probleme stellen sich immer. Dieser Erfahrungsbereich wird einen Einblick in die aktuelle Lage vor Ort liefern.

Arbeitslosigkeit und Solidarität
Arbeitslosigkeit und Solidarität. Solidarität ist ein Schlüssel für einen Aufbruch. Solidarität ist ein Schlüssel für einen Aufbruch. Solidarität ist ein Schlüssel für einen Aufbruch.

Die Polizei auf der Arbeit
Die Polizei auf der Arbeit. Die Polizei auf der Arbeit. Die Polizei auf der Arbeit.

Die Polizei auf der Arbeit
Die Polizei auf der Arbeit. Die Polizei auf der Arbeit. Die Polizei auf der Arbeit.

abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (je 6 Ausgaben für 60.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort: E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

EINE GEWERKSCHAFT: Weil diese Organisationsformen sowohl den ökonomischen, politischen, sozialen, und bis zu einem gewissen Grad auch den kulturellen Bereich des Lebens abdeckt. Weil sie direkt aus der Bevölkerung entsteht und deren Interessen vertritt.

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen sich denjenigen des Kapitalismus/der Kapitalistinnen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von der Basis getroffen werden sollen und wir zur Selbstorganisation der Kämpfe aufrufen.

SOLIDARISCH: Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen. Weil einzig Reflexion und die berufsübergreifende Aktion den Gruppenegoismus verhindern.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:
info@faubern.ch. oder zeitung@faubern.ch.

Impressum

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25



Sexuelle Belästigung

Es gibt viele Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Sexuelle Belästigung ist:

Jedes Verhalten sexueller Natur oder ein anderes Verhalten aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, das die Würde von Frauen und Männern am Arbeitsplatz beeinträchtigt. Darunter fallen insbesondere Drohungen, das Versprechen von Vorteilen, das Auferlegen von Zwang und das Ausüben von Druck zum Erlangen eines Entgegenkommens sexueller Art. (Gleichstellungsgesetz Art. 4)

In fast allen Fällen gehen die Belästigungen von Vorgesetzten aus. Sexuelle Belästigung ist eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts und jeder Betrieb ist verpflichtet, die Angestellten vor einer sexuellen Belästigung zu schützen (Verbot der sexuellen Belästigung im Gleichstellungsgesetz). Wenn ein_e Arbeitgeber_in dieser Pflicht nicht nachkommt, kann es für ihn sehr teuer werden, denn das Opfer kann eine Entschädigung verlangen!

Es gibt Möglichkeiten, sich gegen sexuelle Belästigung zu wehren – und die Opfer sind nicht die derungen kommt. Sprich mit Kolleg_innen deines Vertrauens über dein Problem. Oft sind mehrere Personen von einer Belästigung betroffen und diese Zeugenaussagen sehr wichtig. **Kündige nicht deine Stelle!**

Wenn du Opfer oder Zeuge/Zugin von sexueller Belästigung wirst, nimm mit der FAU Kontakt auf.

Mobbing

Mobbing ist psychische Belästigung am Arbeitsplatz. Es wird von Mobbing gesprochen, wenn eine Person am Arbeitsplatz schikaniert, belästigt, beleidigt, ausgegrenzt wird oder wenn diese Person kränkende Arbeitsaufgaben erhält. Oft erscheinen die einzelnen Handlungen unwesentlich, aber durch die dauernde Wiederholung können sie verheerende Auswirkungen auf das Opfer haben. Druck auf dem Arbeitsmarkt, hohe Arbeitslosigkeit, verschlechterte Arbeitsbedingungen, Leistungslöhne, Umstrukturierungen, Firmenfusionen, Entlassungswellen, usw. fördern das Mobbing.

Was tun im Falle von psychologischer Belästigung? Warte nicht ab, bis sich die Situation vergiftet hat, lass dich vorher beraten. Notiere die Chronologie der Fakten und such auch die Unterstützung bei Ihren KollegInnen. Die FAU hilft dir bei der Intervention beim/bei der Arbeitgeber_in und steht dir während des ganzen Ablaufs zur Seite. Wenn eine Gewerkschaft gut im Betrieb verankert ist, dürfte eine Konfliktlösung leichter fallen.

Nützliche Adressen

Die Basler Gewerkschaft IGA hat eine Broschüre zum Thema Mobbing herausgegeben. Erhältlich ist sie direkt über die IGA oder über die FAU.

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion

[mehr als nur eine Zeitung]

DA
DIREKTE AKTION
menschenwürdige Zeitung

abonnieren?
zeitung@faubern.ch

Kontakt

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch

Auflage: 400
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)